



Epidemiologisches Bulletin

3. März 2014 / Nr. 9

AKTUELLE DATEN UND INFORMATIONEN ZU INFektionsKRANKHEITEN UND PUBLIC HEALTH

Untersuchungen auf STI bei Sexarbeiterinnen im Rahmen aufsuchender Arbeit durch den ÖGD 2011/2012

Pilotprojekt im Rahmen von „EurSafety-Health-Net“ in Duisburg und im Kreis Wesel nach niederländischem Vorbild in der EUREGIO Rhein-Waal

Einleitung und Hintergrund

Das Risiko, sexuell übertragbare Infektionen (*Sexually Transmitted Infections* (STI)) zu erwerben, ist für Sexarbeiterinnen nicht per se höher als für andere Personen in vergleichbaren Lebenssituationen mit vergleichbarer Partnerzahl und sexuellen Praktiken. Erhöhte Risiken können aufgrund spezifischer Arbeitsbedingungen in verschiedenen Bereichen der Sexarbeit gegeben sein, aufgrund der unterschiedlichen Nachfrage von Sexarbeit sowie spezifischer sexueller oder hygienischer Praktiken.¹

Gleichzeitig führen verschiedene Faktoren dazu, dass manche Sexarbeiterinnen die medizinischen Angebote des Gesundheitswesens, einschließlich der Angebote des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD), nicht oder nur unzureichend in Anspruch nehmen. Zu den wichtigsten Zugangsbarrieren zählen die aus der Sicht der Sexarbeiterinnen oft sehr hochschwelligeren Angebote der Gesundheitsämter etwa aufgrund von nötigen Terminvereinbarungen, ungünstige Sprechzeiten oder Sprachbarrieren.^{2,3} Genannt werden auch „...Angst vor Stigmatisierung, ein ungeklärter Aufenthaltsstatus und/oder ...eine fehlende Krankenversicherung“.³ Es ist anzunehmen, dass gerade bei Personen, die keinen oder einen unzureichenden Zugang zur ärztlichen Versorgung haben, die Prävalenz von STI hoch ist. Dadurch besteht zusätzlich auch ein erhöhtes Risiko für Folgeerkrankungen.

Einrichtungen des ÖGD bieten Sprechstunden zu HIV (Humanes Immundefizienz-Virus) und andere STI für die Bevölkerung an; die Beratung ist anonym und kostenfrei und umfasst das Angebot eines kostenlosen HIV-Tests sowie für Risikogruppen Untersuchungen auf andere STI. Im Fall schwerer Erreichbarkeit hat der ÖGD den Auftrag, kostenlose und anonyme Angebote im Rahmen aufsuchender Arbeit zu machen und im Einzelfall auch die ambulante Behandlung durchzuführen. Für nicht-versicherte Personen sollen Behandlungskosten aus öffentlichen Mitteln getragen werden. Solche Angebote existieren in vielen deutschen Kommunen nicht, ihre Zahl nahm zudem im Verlauf der letzten Jahre ab.

Eine Meldepflicht für STI existiert in Deutschland nur für HIV und Syphilis, zu anderen STI liegen infektionsepidemiologische Daten zum Teil aus einzelnen Studien vor. Für die Gesundheitsämter sind STI, wie HIV, Syphilis oder Chlamydien-Infektionen ein wichtiges Handlungsfeld. Eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Öffentlichen Gesundheitsdienste erscheint in Zeiten der europäischen Integration als sinnvoll und zunehmend erforderlich. Zudem wäre es wünschenswert, neben der Präventions- und Aufklärungsarbeit auch diagnostische und therapeutische Ansätze länderübergreifend zu entwickeln.

Diese Woche 9/2014

Sexuell übertragbare Infektionen

Pilotprojekt zur Untersuchung der Prävalenz von STI bei Sexarbeiterinnen

Meldepflichtige Infektionskrankheiten

Aktuelle Statistik
6. Woche 2014

ARE/Influenza

Zur Situation in der
8. Woche 2014

